

Antrag

der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Hartmut Ebbing, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Peter Heidt, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Journalisten schützen - Pressefreiheit gewährleisten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die durch Art. 5 Abs. 1 GG geschützte Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung und Information sind Grundpfeiler unserer liberal-demokratischen Gesellschaft. Sie sind essentiell für einen funktionierenden Rechtsstaat und eine gelebte Demokratie. Presse- und Medienfreiheit sind Grundlagen einer freien Willensbildung und somit elementar für eine plurale, offene sowie demokratische Gesellschaft und für ein selbstbestimmtes Leben.

Den vielen freien und fest angestellten Journalistinnen und Journalisten muss es möglich sein, frei und unabhängig zu recherchieren und zu berichten. Aufgabe der Presse ist der ungeschönte Blick und die Analyse von außen auf die drei Staatsgewalten. Daher ist es unabkömmlich, dass Transparenz und Zugang zu Informationen gewährleistet wird.

Die in Art. 5 Abs. 1 GG genannte Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit haben viele Gegner. Diese reichen von Cyberangriffen ausländischer Mächte bis hin zu tätlichen Übergriffen im Inland im Rahmen von Recherchen und Berichterstattungen und sind in der Bundesrepublik allgegenwärtig. Reporter ohne Grenzen berichtet detailliert über strukturelle Mängel und Entwicklungen, welche für die Presse- und Medienfreiheit in Deutschland bedrohlich sind. Im Zeitraum Januar 2019 bis März 2020 gab es 13 Fälle von gewalttätigen Angriffen auf Journalisten (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/nahaufnahme/2020/>).

Allein im Mai diesen Jahres sind mehrere tätliche Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Berlin verübt worden: Am 1. Mai sind Medienvertreter des ZDF im Rahmen der Satiresendung "Heute Show" durch eine Gruppe von verummten Tätern angegriffen worden. Nach Angaben der Presse wurden sechs Menschen verletzt und mussten in ein Krankenhaus gebracht werden (<https://www.welt.de/vermishtes/article207799081/Corona-Demo-Berlin-Angriff-auf-ARD-Kamerateam.html>). Ebenfalls an diesem Tag kam es zu einem tätlichen Übergriff auf eine Journalistin des rbb. Sie erlitt Gesichtsverletzungen inklusive zweier abgebrochener Zähne. Nach Angaben der Journalistin soll der mutmaßliche tätliche Angriff in Form eines Schlages ins Gesicht durch einen Polizisten im Zuge einer Corona-Demonstration erfolgt sein (<https://www.rtl.de/cms/berliner-polizist-soll-journalistin-zaehne-ausgeschlagen-haben-ermittlung-wegen-koerperverletzung-4535510.html>). Zuletzt hat am 6. Mai 2020 am Rande einer Corona-Demonstration ein Demonstrant ein ARD-Kamerateam angegriffen (<https://www.welt.de/vermishtes/article207799081/Corona-Demo-Berlin-Angriff-auf-ARD-Kamerateam.html>).

Diese Serie von Übergriffen zeigt, wie angespannt und fragil die Situation für alle Beteiligten ist. Es ist daher notwendig Flagge zu zeigen, Gewalt zu unterbinden und unsere freien und fest angestellt arbeitenden Journalistinnen und Journalisten sowie die Presse- und Medienvertreter zu schützen, um die verfassungsrechtlich festgeschriebene Pressefreiheit dauerhaft zu gewährleisten.

II. Der Deutsche Bundestag verurteilt Einschränkungen der Pressefreiheit, insbesondere Angriffe und Gewalt gegen Journalisten, wie Cybermobbing, Hetze und Tötlichkeiten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. gemeinsam mit den Ländern, den Rundfunkräten, dem Fernsehrat, dem deutschen Presserat und allen weiteren Akteuren der Medienlandschaft
 - a. die Gewalt gegenüber Presse- und Medienvertreter öffentlich zu verurteilen;
 - b. eine öffentliche Kampagne zur Bedeutung und Freiheit der Medien und des Journalismus anzustrengen;
2. eine Aufklärungskampagne und Sonderveröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung zu initiieren;
3. gemeinsam mit den Ländern dafür zu sorgen, dass die Bedeutung der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit für die Verfassung und unsere liberale Gesellschaft im Rahmen der schulischen Bildung hervorgehoben wird;
4. gemeinsam mit den Ländern Konzepte für die Aus- und Fortbildung von Polizisten im Bereich des Medienrechts und des Umgangs mit Journalisten und Medienvertretern zu entwickeln und bestehende Konzepte weiterzuentwickeln;
5. gemeinsam mit den Ländern Konzepte für die Aus- und Fortbildung von Pressevertretern zum Umgang mit den vielfältigen Bedrohungsszenarien von Cyberangriffen über Einschüchterungsversuche bis zu tätlichen Übergriffen zu entwickeln und bestehende Konzepte weiterzuentwickeln.

Berlin, den 12. Mai 2020

Christian Lindner und Fraktion